

Terroristische ‚Ordnungen‘: eine funktionalistische Analyse des Nord-Irlandkonflikts

Christian Lahusen

1 Einleitung

Kann ein funktionalistischer Ansatz dazu beitragen, den Terrorismus zu entschlüsseln oder zu erklären?¹ Diese Frage ist keineswegs banal oder suggestiv gemeint, denn der soziologische Funktionalismus hat sich bislang kaum für ein solches Phänomen interessiert. Dies mag an Forschungsprioritäten liegen, kann aber womöglich auch grundsätzlichere, theorieimmanente Gründe haben. Es liegt der Verdacht nahe, der Funktionalismus würde auf Grund seiner Vorliebe für das Problem der sozialen Ordnung dem Terrorismus ohnehin nur anomische oder pathologische Züge zusprechen und daher nicht wesentlich mehr bieten als ein dem Alltagsverständnis naher, primär normativ besetzter Analyserahmen.² Zu bedenken ist auch, dass der Funktionalismus ein Denkansatz ist, der zwar auf eine lange Tradition innerhalb der Soziologie und der Anthropologie zurückschauen kann und trotz aller fundamentalen Kritik soziologische Theorien bis heute spürbar beeinflusst, aber keine geschlossene Theorieschule hervorgebracht hat. Vielmehr gab und gibt es eine Vielzahl von funktionalistisch inspirierten Theorien, die sich in ihren Begrifflichkeiten und Erklärungsstrategien zum Teil fundamental unterscheiden (Davis 1959, Jetzkowitz/Stark 2003), weshalb ‚eine‘ funktionalistische Deutung oder Erklärung des Terrorismus ohnehin nicht zu erwarten ist. Schließlich gibt es in der modernen Soziologie kaum ein Theoriewerk, das sich explizit funktionalistisch nennt, und die Autoren, die als Kandidaten in Frage kommen, standen diesem Konzept oder ähnlichen Begriffen (z.B. Funktionalismus, Strukturfunktionalismus, Neofunktionalismus) skeptisch gegenüber (Talcott Parsons), haben sie nie für sich reklamiert (Richard Münch) oder nach anfänglichen Versuchen wieder fallen gelassen (Jeffrey Alexander). Ist die Aufgabenstellung dieses Kapitels damit nicht zu erfüllen?

Den genannten Einwänden zum Trotz lohnt sich eine Anwendung des funktionalistischen Denkansatzes, vor allem weil sich der soziologische Funktionalismus in seinen vielen Varianten in Reaktion auf die vehemente Kritik der 1950er und 1960er Jahre in eine Richtung weiterentwickelt hat, die in Bezug auf Forschungsagenden und Erklärungsstrategien

1 Ich bedanke mich bei Richard Münch, Uwe Schimank, Carsten Stark, Jens Jetzkowitz, Thomas Kron und den Teilnehmern der Marburger Tagung ‚Problembegrenzter Vergleich sozialtheoretischer Ansätze‘ im Sommer 2005 für die vielen hilfreichen Kommentare und Hinweise.

2 Diese Vermutung stützt sich auf die klassische Kritik am Strukturfunktionalismus von Talcott Parsons (1951, 1966), die nicht zuletzt auch Anlass für die Formulierung einer dezidierten Konflikttheorie bot (z.B. Dahrendorf 1958, Mills 1959). Einschränkend ist zu sagen, dass es funktionalistische Analysen sozialer Konflikte selbstverständlich gibt, einschlägig sind hier vor allem Lewis Cosers Ausführungen zur Funktion sozialer Konflikte (Coser 1972), die die Überlegungen von Georg Simmel (1968: 198-220) zum Streit aufgriffen und funktionalistisch weiterentwickelten. Diese allgemeineren Überlegungen werden in unsere eigene Darstellung einfließen.

mehr Raum für eine Bearbeitung des Terrorismus schafft. Mit Blick auf diese Veränderungen erscheint es sogar gerechtfertigt, von ‚neo‘-funktionalistischen Theorieentwicklungen zu sprechen.³ Da sich diese Ansätze aber trotz der genannten Veränderungen noch nicht dezidiert mit dem Terrorismus befasst haben, werde ich im Folgenden einen Zugang explorativ und heuristisch entwerfen, der sich auf eine funktionalistische Argumentationslinie von Émile Durkheim (1988) über Talcott Parsons (1951, 1972) bis zu Richard Münch (1982, 1984) stützt.⁴ Bevor ich mich aber der Skizzierung einer solch ‚neo‘-funktionalistischen Deutung des Terrorismus am nordirischen Fall zuwende, ist es sinnvoll, den spezifischen Zugang dieser Theorierichtung in Form von zentralen Annahmen zu umreißen, die es dann in einem zweiten Schritt zu entwickeln und zu begründen gilt.

Der Funktionalismus interessiert sich für den Terrorismus vor allem als Teilaspekt der gesellschaftlichen Ordnungsproblematik⁵ und analysiert terroristische Zusammenschlüsse daher als Element oder Aspekt der Strukturierung, Ent- oder Restrukturierung gesellschaftlicher Ordnung. Vor diesem Hintergrund ist zunächst zwischen transitorischem und fort-dauerndem Terrorismus zu unterscheiden, etwa durch eine Gegenüberstellung der deut-

-
- 3 Es lassen sich zwei Hauptveränderungen ausmachen. Zum einen wird von Vorstellungen einer ‚funktional-organischen‘ Ordnung, wie sie in der klassischen Soziologie bis zu Parsons vertreten wurden, Abschied genommen. Robert Merton (1966) hat beispielsweise darauf verwiesen, dass ein soziales Element immer funktionale und dysfunktionale Wirkungen auf die Gesellschaft ausübt, weshalb gesellschaftliche Ordnung immer auch Unordnung enthält. Jeffrey Alexander (1985) argumentiert, dass die funktionale Ordnung moderner Gesellschaften Konflikte und Aushandlungen nicht ausschließt, sondern vielmehr aus diesen hervorgeht. Luhmann (1986) verweist darauf, dass eine funktionale Ordnung weder organisch noch zweckmäßig sein muss, da eine in Funktionsbereiche unterteilte Gesellschaft mit eigenen Folgeproblemen (z.B. der Koordination oder Steuerung) zu rechnen hat. Und Richard Münch (1991: 27-37, 1996b: 612-613) hebt hervor, dass moderne Gesellschaften von Paradoxien gekennzeichnet sind, die Wandel auf Dauer stellen. Zum anderen hat der Funktionalismus auf Kritik an seinem Erklärungsgehalt (am so genannten funktionalistischen Fehlschluss) reagieren müssen und einen reflexiveren Umgang mit seinen Prämissen entwickelt. So wird von der Notwendigkeit gesprochen, eine funktionalistische durch eine kausale Erklärung zu ergänzen, so wie dies bereits Durkheim einforderte und Münch propagiert (Münch 2005, Münch/Büttner 2006). Zu dieser Strategie der funktionalistischen ‚Selbstbeschränkung‘ gehört der Versuch, bei der Erklärung makrostruktureller Phänomene auf die Mikroebene mit ihren Diskursen, Verhandlungen und Konflikten zu rekurrieren, so wie dies bei Alexanders Neofunktionalismus der Fall ist (Alexander 1998, Alexander/Colomy 1990; auch Münch 1987). Schließlich wird eine genuin kausale Erklärung durch das Konzept der Selbstregulierung komplexer Systeme ersetzt, da der Systemzustand nun durch Wechselwirkungen seiner Teile entschlüsselt wird, wofür Talcott Parsons‘ Rückgriffe auf die Kybernetik (u.a. Parsons 1977) oder Niklas Luhmanns (1984) Konzept der Autopoiesis stehen. Zum Teil beschränkt sich der Funktionalismus hier nur noch auf die Beobachtung und Beschreibung gesellschaftlicher Ordnungsbildung.
- 4 Es läge nahe, sich in diesem Kapitel primär mit Jeffrey Alexander zu befassen, da er sich explizit und programmatisch der Etablierung des Neofunktionalismus verschrieben hat (u.a. Alexander 1985, 1998 sowie Alexander/Colomy 1990). Allerdings werden diesem Ansatz zu Recht theorieimmanente Widersprüche angelastet (Schmid 2003). Durch den Versuch, Kritikpunkte am klassischen Funktionalismus umfänglich zu entkräften, knüpften Alexander und seine Schüler nur sehr lose an funktionalistische Vorläufer an und entwarfen damit eine nur sehr diffus funktionalistische Theorie (Joas 1988, 1990, Wenzel 2001). Aus diesem Grund scheint eine originär neofunktionalistische Perspektive an Richard Münch wesentlich deutlicher und ergiebiger herausgearbeitet werden zu können als an Jeffrey Alexander.
- 5 Es ist kennzeichnend für die Position des soziologischen (Struktur-) Funktionalismus, dass Parsons (1973, 1977), und in seiner Folge auch Münch (1982, 1984), das Problem sozialer Ordnung als *die* Kernfrage der Soziologie festgeschrieben haben. Gesellschaften werden als Sozialsysteme konzipiert, die verschiedene Funktionen erfüllen müssen, wenn sie Bestand haben sollen. Diese Funktionen werden in Form des AGIL-Schemas formalisiert und mit Blick auf Kommunikationsmedien und Interpenetrationsbeziehungen ausbuchstabiert (z.B. Parsons 1980, Münch 1984). Eine funktionalistische Soziologie, und das hat bereits Durkheim (1984, 1988) vorgeführt, ist somit immer auch mit der Frage nach Ordnung und Pathologie bzw. Anomie beschäftigt.

schen Rote Armee Fraktion (RAF) einerseits, und der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) andererseits. Der transitorische Terrorismus der RAF dürfte mit krisenhaften, womöglich anomischen, aber historisch relativ kurzen Phasen des Wandels zu tun haben und auch so erklärbar sein. Der fortdauernde Terrorismus der IRA geht aus diesen transitorischen Phasen hervor, avanciert aber zu einem integralen Bestandteil einer hochgradig konfliktiven gesellschaftlichen Ordnung. Es sind diese Fälle, die aus funktionalistischer Sicht theoretisch interessanter und anspruchsvoller sind. Hierauf bezogen soll die These vertreten werden, dass sich terroristische Zusammenschlüsse und gewaltsame Konflikte innerhalb einer Gesellschaftsordnung herausbilden und stabilisieren können, wenn die Vergesellschaftung partikularer Gemeinschaften prekär bleibt, wenn also die Inklusion von Bevölkerungsgruppen in gesellschaftliche Funktionssysteme ethnische, schichtungsspezifische und/oder weltanschauliche Differenzierungen generiert, aktualisiert und/oder reproduziert. Die Frage, wie stark diese differenzielle Inklusion ausfällt, ist natürlich eine empirische Frage, allerdings ist funktionalistisch davon auszugehen, dass diese Inklusionsdefizite in funktional differenzierten Gesellschaften auf Grund teilsystemischer Interdependenzen eigendynamische Exklusionskaskaden auslösen können, durch die es zu einer strukturellen Segregierung der Bevölkerung in partikuläre gesellschaftliche Gemeinschaften kommt, die als definierbare Kollektive mobilisierbar sind. Die Überforderung des politischen Systems durch die hierauf bezogenen antagonistischen Herrschaftsansprüche setzt eine Dynamik der gemeinschaftlichen Schließung nach Außen und Innen in Gang, für die gewaltsame Aktionsformen und klandestine Organisationsformen funktional sind (Coser 1972).

Vor dem Hintergrund dieser Exklusions- und Segregationsproblematik spricht der Funktionalismus nun den Verdacht aus, dass der verstetigte Terrorismus womöglich eine ‚Lösung‘ auf ein gesellschaftliches (Inklusions- und Integrations-) Problem liefert. In der Tat kann im Sinne Durkheims (1984) vermutet werden, dass ein in bestimmten Gesellschaften verbreitetes und deshalb ‚normales‘ Phänomen höchstwahrscheinlich einen Beitrag zur gesellschaftlichen Ordnungsbildung liefert. Durkheim (1974) hat dies bekanntlich in seinen Regeln der soziologischen Methode am Beispiel des Verbrechens ausgeführt. Den empirischen Indikator für die Bestimmung von Anomie oder Pathologie bilden gesellschaftsspezifische Durchschnittsraten. In unserem Falle ist etwa davon auszugehen, dass die Aktionen der RAF in Deutschland eine zeitlich befristete Abweichung von der insgesamt niedrigen Rate gewaltsamer Protestakte im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße darstellten und daher höchstwahrscheinlich als anomisch zu werten sind. Dies galt für Nordirland nicht, denn obschon die meisten Gewaltopfer in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zu beklagen waren, so etablierte sich ein „acceptable level of violence“ (so der britische Nordirland-Staatssekretär, Reginald Maudling, zit. in Korstian, in diesem Band), das annähernd 100 Opfer jährlich als konstanten Tribut verlangte. Nach Durkheim wäre dies ein empirischer Indikator dafür, dass der Terrorismus in diesem Land nicht anomisch oder pathologisch ist, sondern vielmehr ein ‚normales‘ und ‚normalisierendes‘ Element der gesellschaftlichen Ordnung. Seiner Meinung nach muss dieses empirische Indiz aber durch die analytische Bestimmung möglicher Funktionen untermauert und logisch plausibilisiert werden.

Doch welcher funktionale Beitrag könnte dies im Falle Nordirlands sein? Gesellschaften ohne fortdauernden Terrorismus bearbeiten und entschärfen soziale Deprivationen und Konfliktlinien durch funktionale Differenzierungen, da Inklusion teilsystemisch aufgegliedert und in Form bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte jenseits traditionaler Gemeinschaften und mechanischer Solidaritäten universalisiert wird und damit ungeachtet der Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder des Geschlechts für alle Gesellschaftsmitglieder

gleiche Teilhabechancen garantiert werden. Segmentär-partikulare Gemeinschaftsbildungen, die durch terroristische Bewegungen mit ihren spezifischen Handlungs- und Organisationsformen reproduziert und in Form parastaatlicher Gewaltordnungen stabilisiert werden, scheinen nun eine funktional äquivalente Inklusions- und Integrationsform zu etablieren. Denn in Gesellschaften, die in Bezug auf hohe interne Ungleichheiten keine umfassende und universalistische Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder gewährleisten, setzen sich segmentär-partikulare Formen der Inklusion für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen entlang parastaatlicher Ordnungen als funktional äquivalente ‚Lösung‘ durch. Allerdings muss dieser These hinzugefügt werden, dass sich diese terroristischen Ordnungen nicht stabilisieren und reproduzieren ohne selbst funktional differenzierte Inklusionsformen hervorbringen, weshalb sie eminent parasitär sind. Gesamtgesellschaftliche Integration erfolgt daher entlang einer segmentär-funktionalen Struktur, die einen hohen Grad an Gewaltsamkeit zur eigenen Reproduktion entfaltet.

2 Die Verortung des irischen Falles

Die Literatur über den nordirischen Konflikt verweist immer wieder auf zwei dominante Erklärungsaspekte – historische und gesellschaftliche Ursachen –, die sich in der Tat als Ausgangspunkt anbieten (Otto 2005, Mulhaupt 1988). So geht der Konflikt auf die Jahrhunderte währenden Auseinandersetzungen um die Autonomie Irlands gegenüber dem englischen, später britischen Herrschaftsanspruch zurück. Die Eroberung Irlands durch Heinrich II. von England im 12. Jahrhundert führte unter dem Aufstieg der Tudorkönige zu einer aktiven Kolonialpolitik, die im Laufe des 15. Jahrhunderts die irischen Clanhäuptlinge zu Vasallen des englischen Königs machte. Der ethnische, vor allem aber politische Charakter dieses Konfliktes um die Vorherrschaft auf der irischen Insel wurde Mitte des 16. Jahrhunderts durch eine religiöse Dimension ergänzt, als Heinrich VIII. die Reformation in England einführte, Irland aber auf Grund zahlreicher Aufstände römisch-katholisch blieb. Schließlich unterstrich die Regentschaft Cromwells während des 17. Jahrhunderts den sozioökonomischen Charakter des Konfliktes durch eine offensive Enteignungs- und Umsiedlungspolitik, die die ökonomischen Verhältnisse maßgeblich veränderte. Die vom britischen Parlament seit dem 18. Jahrhundert erlassenen Gesetze, etwa im Bereich des Eigentums-, Erb- und Handelsrechts, besiegelten die Benachteiligung der katholischen Bevölkerung bis ins 20. Jahrhundert hinein. In ländlichen Gebieten sank der Anteil des Landbesitzes unter der katholischen Bevölkerung stetig, was angesichts widriger Bewirtschaftungsgegebenheiten (z.B. das Pachtrecht, Produktionsmethoden, klimatische Bedingungen) dazu führte, dass die katholische Bevölkerung vermehrt von Armut und Hungersnöten betroffen war und immer wieder in die Städte und nach Übersee migrierte. Doch auch im städtischen Bereich führte die Industrialisierung unter den gegebenen rechtlich-politischen Gegebenheiten zu einer Proletarisierung der katholischen Bevölkerung, weshalb ihr Anteil an den städtischen Mittel- und Oberschichten gering blieb. Nicht ohne Grund blieben Agrar- und Sozialreformen ein zentrales Anliegen liberaler Politiker in Irland und Großbritannien, denn ihnen zufolge lag hier der Schlüssel zur Entschärfung des irisch-britischen Konflikts.

Ein solcher Hinweis auf die ‚Last der Geschichte‘ ist sehr überzeugend, lässt aber Fragen offen. Trotz geschichtlicher Kontinuitäten⁶ lässt sich erkennen, dass der Konflikt ausgesprochen diskontinuierliche Phasen durchlebt hat, in der die Unterstützung für terroristische Aktionen und Organisationen auf beiden Seiten abnahm, wofür die Jahre zwischen 1940 und 1970 stehen. Die IRA führte zwar 1939-1940 und 1956-1962 paramilitärische Aktionen durch, dennoch hatte sie mit dem Desinteresse der Bevölkerung zu kämpfen. Das Wiederaufflammen des Konfliktes in den späten 1960er Jahren erforderte daher eine ideologische und organisatorische Restrukturierung, die mit der Spaltung der IRA im Jahre 1969 und dem Aufstieg der ‚Provisional IRA‘ (P-IRA) einher ging (Mulhaupt 1988, Jeffery 1985). Die lange Geschichte des Konfliktes ist daher vor allem eine symbolische Ressource (Arthur 1990), die angesichts markanter organisatorischer und personeller Diskontinuitäten Anknüpfungspunkte für eine Aktualisierung von (latenten) Spaltungsstrukturen und Konfliktlinien bietet. Was aber treibt eine solche ‚Aktualisierung‘ oder ‚Neubelebung‘ des Konfliktes an? Sind es die oben genannten sozialen Ungleichheiten? Eine solche Erklärung ist plausibel, doch auch hier ergeben sich ungeklärte Fragen. Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg war vom Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen geprägt, von denen die katholische Bevölkerung profitierte, und die ihre soziale Mobilität in die Mittelschichten hinein beflügelten. Zwar lässt sich nun vermuten, dass die Proteste Ausdruck eines ‚middle-class radicalism‘ (Parkin 1968) waren, und dass sie damit auf unvollständig eingelöste Inklusionsversprechungen und neue Entfremdungssorgen reagierten, so wie dies für neue soziale Bewegungen insgesamt charakteristisch war (Rucht 1994: 127-156). Aber unter diesen Umständen war die Wiederbelebung des ethnisch-konfessionellen Konflikts nicht notwendigerweise die naheliegendste Antwort. In der Tat gehörten die 1960er Jahre der nordirischen Bürgerrechtsbewegung, die sich den konfessionsübergreifenden Kampf um soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hatte, womit sie dem Beispiel anderer Bewegungen in der westlichen Welt folgte. Vor diesem Hintergrund ist nicht verständlich, warum es zu einer ethnisch-konfessionellen Umschreibung eines sozialen, womöglich klassenspezifischen Konflikts kam, und warum die ethnisch-konfessionelle Konfliktlinie ein so hohes Maß an Stabilität errang. Zwischen den Ursachen des Konflikts, seinem Verlauf und seinen Wirkungen lässt sich folglich keine zwingende (kausale) Entsprechung finden, weshalb sich eine funktionalistische Argumentation als wichtige Ergänzung anbietet.

Zwei funktionalistische Annahmen liefern uns wichtige Ausgangspunkte. Einerseits ist die funktional strukturierte Gesellschaftsordnung der Moderne – im Gegensatz zu segmentär strukturierten Stammesgesellschaften und hierarchisch strukturierten Feudal- oder Kastengesellschaften – auf die Konstruktion eines gesellschaftlichen Kollektivs jenseits gruppenpartikularer Bindungen angewiesen. Die Existenz einer gesellschaftlichen Gemeinschaft ist für die Integration von besonders zentraler Bedeutung, da sie gemeinsame Solidaritäten und kollektive Identitäten zwischen den Mitgliedern des Kollektivs auf der Basis einer geteilten und kulturell legitimierten normativen Ordnung generiert und organisiert (Parsons

6 Historische Kontinuitäten gibt es auch in Bezug auf die ‚Widerstandsgeschichte‘. Die Geschichte Irlands ist eine Geschichte der immer wieder aufflammenden Aufstände, die unter dem Eindruck der französischen Revolution eine deutlich republikanische Wendung nahmen: Zu nennen sind die ‚Vereinten Iren‘ von Wolfe Tone (1790er Jahre), das ‚Junge Irland‘ (1840er Jahre) oder die ‚Irish Republican Brotherhood‘ (1858), die allesamt Aufstände anzettelten, um die revolutionären Ereignisse auf dem Kontinent aufzugreifen und für den irischen Republikanismus zu nutzen. 1905 wurde Sinn Fein als nationalistisch-irische Partei gegründet, 1913 die ‚Irish Volunteers‘ als Freiwilligenarmee, die als Vorläufer der Irisch-Republikanischen Armee gilt (Mulhaupt 1988).

1966: 10-18, Münch 1984: 261-301). Im Sinne des Strukturfunktionalismus finden politische Herrschaftsansprüche in dieser gesellschaftlichen Gemeinschaft bzw. Zivilgesellschaft eine bürgerschaftliche Basis. Hier deutet sich nun die Problematik im nordirischen Fall an, denn diese Ordnungsbildung blieb dort prekär. Sie war sogar hoch gefährdet, denn gruppenpartikulare Inklusionsdefizite haben multiple und interdependente Segregationsprozesse ausgelöst, die mit der funktionalen Struktur moderner Gesellschaften in engem Zusammenhang standen. Die zunehmende Segregierung der Bevölkerung führte zur Konstitution separater gesellschaftlicher Gemeinschaften, die sich als politisch mobilisierbare Träger jeweils unterschiedlicher normativer Ordnungen und kultureller Identitäten definierten und organisierten. Der Funktionalismus hilft uns auf diese Weise, den Kern des politischen Konfliktes und seiner Dynamik richtig zu orten.

Andererseits ist für diese Theorierichtung vor allem das Interesse für funktionale Äquivalente kennzeichnend, denn für sie gibt es immer eine Vielzahl von Ordnungselementen, die trotz struktureller Unterschiedlichkeit den gleichen funktionalen Beitrag zur Gesamtordnung leisten (Levy 1972, Cancian 1972, Luhmann 1984: 83-91). Unserem Anfangsverdacht folgend können wir deshalb annehmen, dass sich gruppenpartikulare Vergesellschaftungsmodi, hier: parastaatliche ‚Gewaltordnungen‘ auf beiden Seiten der Konfliktlinie, gegenüber einer universalistischen Form der Vergesellschaftung als funktional äquivalent entfalten und durchsetzen können. Nur durch einen Verweis auf eigendynamische Prozesse der Emergenz gesellschaftlicher Ordnungsmuster ist nämlich zu verstehen, warum sich gerade parastaatliche Gewaltordnungen etabliert haben, die sich trotz der hohen Begleit- und Folgekosten als gangbar erwiesen, hohe Folgebereitschaft in der Bevölkerung erlangen und sich in Form separater gesellschaftlicher Gemeinschaften mit gruppenpartikularen Inklusionsrechten sogar institutionalisieren konnten.

Um diesen Prozess zu verstehen, bedarf es folglich nicht nur eines kausalen Verweises auf die konfliktauslösenden Ungleichheits- und Spaltungsstrukturen der nordirischen Gesellschaft. Es geht im Sinne des Funktionalismus auch gerade um die Berücksichtigung (misslingender oder gelingender) kollektiver Ordnungsleistungen. Im Folgenden möchte ich somit zeigen, dass die bestehende institutionelle Ordnung Inklusionsansprüche und Integrationsanforderungen immer weniger einlösen konnte und damit auch selbstverstärkende Exklusionskaskaden auslöste, dass terroristische Konfliktparteien zugunsten ihrer eigenen Stabilisierung eine Reihe kollektiver Ordnungsleistungen (parasitär) entwickelten und institutionalisierten, und dass sich hierdurch ein gewaltaffiner, gruppenpartikularer Vergesellschaftungsmodus etablierte, der sich als durchaus konsistent, anpassungsfähig, stabil und resistent erwies.

3 Inklusion- und Integrationsdefizite

Die skizzierte Argumentation sieht in Inklusions- und Integrationsdefiziten der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung einen wichtigen theoretischen Referenzpunkt, den es daher zunächst zu entwickeln gilt. Greifen wir funktionalistische Gesellschaftstheorien auf, so ist die funktionale Ordnung der modernen Gesellschaft der vorläufige Endpunkt einer Entwicklungsgeschichte, die den Modus der gesellschaftlichen Integration und individuellen Inklusion zusehends von einem segmentären über einen hierarchischen zu einem funktionalen Differenzierungsmodus umstellt (z.B. Durkheim 1988, Parsons 1966, 1972, Luhmann 1997, Münch 1984). In Bezug auf Inklusion etabliert die Moderne einen institutionalisier-

ten Individualismus (Parsons/Platt 1973: 33-45), der sich historisch über verschiedene Revolutionen (vor allem durch industrielle Massenproduktion, demokratische Partizipation und Bildungsexpansion) fortentwickelte. In der Tat hat die Genese des bürgerlichen, später demokratischen, sodann sozialen Rechtsstaates durch die sukzessive Etablierung bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte individuelle Teilnahmeansprüche und Teilhabemöglichkeiten stetig ausgeweitet und universalisiert (z.B. Münch 2001a, 2001b). Diese multiple und generalisierte Form der Inklusion basiert auf einer strukturellen Differenzierung moderner Gesellschaften in Funktionsbereiche (ökonomisches und politisches System, gesellschaftliche Gemeinschaft und kulturelles Treuhandsystem). Damit besitzt die Moderne einen spezifischen Integrationsmodus, der nach Parsons (1972) für das hohe Maß an Anpassungs- und Leistungsfähigkeit sowie Stabilität verantwortlich ist, da er zentrale Ordnungsleistungen funktional spezialisiert, in Form sanktionsfähiger Rollenerwartungen institutionalisiert und damit die voluntaristische Teilhabe der Gesellschaftsmitglieder an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens forciert und generalisiert.

Gehen wir diesem Gedankengang nach, so können wir annehmen, dass gewaltsame Protestbewegungen wie die IRA aus krisenhaften oder anomischen Phasen hervorgehen, in denen der demokratische Rechts- und Wohlfahrtsstaat den Inklusionsansprüchen seiner Mitglieder nicht entsprechen kann. Einer solchen Gesellschaft mangelt es auch an Integration, Leistungsfähigkeit und Stabilität, da sie keine ausreichende Solidarität zwischen ihren Mitgliedern herstellen (gesellschaftliche Gemeinschaft), keine ausreichende Legitimation der normativen Ordnung generieren (kulturelles Treuhandsystem), keine adäquate Kontrolle über die Motivationen der Mitglieder (politisches System) und über die ökonomisch-technologischen Tätigkeiten zum Zweck der Ressourcenallokation (ökonomisches System) sicherstellen kann (Parsons 1966: 32-33). Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass die Renaissance des nordirischen Terrorismus zum Ende der 1960er Jahre zugleich auf mehreren funktionalen Ordnungsproblemen beruht, von denen ich im Folgenden aus Platzgründen nur die zwei wichtigsten ins Zentrum der Analyse rücken werde. Zum einen werde ich die politische Dimension und Dynamik des Konfliktverlaufs und seiner institutionellen Verarbeitung herausarbeiten, denn im nordirischen Fall geht es offensichtlich um konkurrierende Herrschaftsansprüche antagonistisch mobilisierender Kollektive. Zum anderen soll aber gezeigt werden, dass die politische Qualität des Konfliktes, hier vor allem auch die ausgeprägte Stabilität und Resistenz des nordirischen Terrorismus, auf einem grundsätzlicheren Ordnungsproblem beruht, nämlich der zunächst latenten, sodann manifesten Segregierung partikularer Gemeinschaften.⁷

7 Folgen wir Münch (1991: 27-37, 1996b: 612-613), so würde es sich ebenfalls anbieten, den ethnisch-konfessionellen Terrorismus als eine Folge der Paradoxien der Moderne zu verstehen und zu analysieren. Münch zufolge ist die moderne Kultur in ihrem ureigensten Kern stets mit gegenläufigen Tendenzen konfrontiert, weshalb eine kulturelle Modernisierung Nordirlands mit ihrer Verbreitung von rationalistischen, individualistischen, universalistischen und interventionsorientierten Wertcommitments aller Wahrscheinlichkeit nach auch partikularistische, essentialistische und mystisch-konservative Wertbindungen und Identitäten auf den Plan rufen, ihnen aber eine in der Paradoxie selbst angelegte ‚moderne‘ Qualität verleihen dürfte. Für unsere hier angelegte Argumentation kann der Hinweis auf Paradoxien zwar eine kulturelle Vorbedingung hervorzuheben helfen. Allerdings würde eine solche Erklärung den verschiedenen (ideologischen) Richtungen innerhalb des nordirischen Republikanismus nur bedingt gerecht werden. Hinzu kommt, dass wir damit auch nicht klären könnten, warum kulturelle Gegenreaktionen, die sich ja auch als Moden, Trends oder Szenen formieren können, zu terroristischen Bewegungen werden. Hier sind Erklärungsmomente gefragt, die über kulturelle Paradoxien hinausgehen.

3.1 *Die politische Dimension des nordirischen Terrorismus*

Begreifen wir den nordirischen Terrorismus zunächst als politisches Phänomen, so kommen wir dem Selbstverständnis der beteiligten Akteure sehr entgegen. Angesichts der ausgeprägten Inklusionsdefizite für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in der nordirischen Gesellschaft zu Anfang der 1960er Jahre zum Erstarren sozialer Bewegungen, hier vor allem der nordirischen Bürgerrechtsbewegung, die während der 1960er Jahre die ökonomische, politische und kulturelle Gleichstellung der katholischen Minderheit einforderte. Die Tatsache, dass der moderne Wohlfahrtsstaat auch in Nordirland angetreten war, um Inklusionsansprüche keinesfalls gruppenpartikularistisch, sondern individuell-universalistisch zu vertreten und zu gewährleisten, diskreditierte ihn nach Meinung der Bürgerrechtsbewegung, da die tatsächlichen Teilhabechancen von diesen normativen Inklusionsansprüchen abwichen.

Ein Zustand der Anomie ging hiermit allerdings nicht prinzipiell einher, denn Protestbewegungen sind für moderne Gesellschaften in funktionalen Begriffen durchaus produktiv (z.B. Luhmann 1996, 1997: 847-865), da sie gesellschaftliche Problemlagen (hier z.B. Inklusionsdefizite) zu thematisieren und in politisch prozessierbare Interventionen (hier z.B. arbeitsmarkt-, innen- oder bildungspolitische Forderungen) zu übersetzen erlauben. Verstehen wir den nordirischen Terrorismus folglich zunächst als rein politisches Phänomen, so ist es eher der spezifische Konfliktverlauf, der für die herrschende Gesellschaftsordnung anomische Konsequenzen mit sich brachte. Hier ist auf die gewaltsame Radikalisierung des Protestes hinzuweisen (Bell 1973), die die institutionalisierten Verfahren und Praktiken der Konfliktregulierung sprengte und diese zugleich in Frage stellte. In diesem Fall können wir von Fehlentwicklungen im System der Politik sprechen, die wir in Begriffe der Inflation und Deflation von Macht fassen können (Parsons 1963, Münch 1984: 518-529). Das Funktionssystem der Politik operiert auf Grundlage des symbolisch generalisierten Mediums ‚Macht‘, das sich von rollenspezifisch definierten und institutionalisierten Leistungen der Gesellschaftsmitglieder (Wahlen, Verbandsbeteiligung, Klagen, Proteste etc.) speist. Der demokratische Rechtsstaat versucht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Partizipation und politischer Regierungsarbeit rechtlich herzustellen, damit die Verabschiedung kollektiv bindender Entscheidungen material und prozedural durch die Bevölkerung legitimiert ist und bei der Implementierung auch auf die notwendige Gefolgschaft rekurrieren kann. Allerdings kann es zu einem Ungleichgewicht zwischen institutionellem Machtgebrauch und politischer Partizipation kommen, bedingt etwa durch Schieflagen zwischen den Rechten des Staates und der Staatsbürger und/oder zwischen dem faktischen politischen Handeln der Amtsträger und der Bürgerschaft. Für unsere Fragestellung ist es besonders relevant, dass das Medium Macht durch seinen Gebrauch entwertet werden kann, sobald es durch die politische Teilhabe der Bevölkerung als nicht mehr gedeckt erscheint. Dies kann Folge einer quantitativen Überdehnung der Machtressource gegenüber einer rechtlich nicht ausreichend autorisierten Wählerschaft oder gegenüber einer politisch inaktiven und verdrossenen Bevölkerung sein, die sich von der Politik nicht mehr vertreten sieht. Dieser Machtgebrauch schränkt den Gefolgschaftskreis wie auch den als loyal erwarteten Mitgliederkreis eines politischen Gemeinwesens ein, weshalb es jenseits dieser Bevölkerungsgruppen zu einer sinkenden Bereitschaft zur ‚voice‘ und zur erhöhten Gefahr des ‚exits‘ (Hirschmann 1970) kommen dürfte. Defizitäre Inklusionsrechte und -chancen stehen folglich mit politischen Desintegrationstendenzen in einem wechselseitigen Verhältnis.

Diese Entwertungsspirale ist am nordirischen Fall deutlich zu erkennen (Jeffery 1985). Nach dem Vorbild der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung kam es in Nordirland zwar zunächst zu außerparlamentarischen Protestaktionen, die unter dem Banner der Campaign for Social Justice seit dem Januar 1964 standen und sodann unter dem Dach der 1967 gegründeten *Northern Ireland Civil Rights Association* koordiniert wurden. Protestaktionen sollten die Öffentlichkeit innerhalb wie auch außerhalb Nordirlands auf die soziale Lage der katholischen Bevölkerung lenken und politische Reformen erzwingen (vgl. Korstian, in diesem Band), womit vor allem eine jüngere Generation von Katholiken (und Protestanten) ihre Bereitschaft zur politischen Partizipation innerhalb des legalen Rahmens dokumentierte und ihre Hoffnung in die Funktionsfähigkeit des politischen Systems untermauerte. Die Programmatik war unverkennbar konfessionsübergreifend, zum Teil auch klassenkämpferisch, was nicht nur die Teilnahme von Protestanten ermöglichte, sondern auch linke nordirische Republikaner ansprach. Loyalistische Kreise allerdings betrachteten diese Bewegung mit Argwohn. Zwischen Gegnern und Befürwortern des Reformkurses kam es zu gewaltsamen Konfrontationen und die 1966 neu gegründete loyalistische Ulster Volunteer Force heizte die Lage durch Bombenanschläge weiter an. Da die nordirische Polizei die katholische Bevölkerung nicht ausreichend schützte und auf Grund ihrer zumeist protestantischen Belegschaft zusehends von der katholischen Bevölkerung angefeindet wurde, entstand vor allem in den katholisch dominierten Wohnvierteln eine ‚Sicherheitslücke‘. Diese wurde zunächst durch die im Jahr 1969 entsendeten britischen Truppen geschlossen, bis diese ebenfalls in die interethnischen und -konfessionellen Konflikte zugunsten der Loyalisten verwickelt wurden (Bell 1973). Unter dem Eindruck dieser gewaltsamen Auseinandersetzungen kam es zur Abspaltung der ‚provisorischen‘ IRA im Jahr 1969, die gegen die sozialistische Klassenkampforientierung der nunmehr ‚offiziellen‘ IRA vorging und sich den militärischen Schutz der katholischen Bevölkerung auf die Fahnen schrieb (Mulhaupt 1988) – ebenso wie sich die loyalistischen Terrorgruppen als Schutzmacht in den protestantischen Vierteln etablierten. Unter dem Eindruck der blutigen Straßenkämpfe kam es in den Folgejahren zu Regierungskrisen und zu einer ethnisch-konfessionellen Neustrukturierung der Parteienlandschaft. Die politischen Institutionen Nordirlands hatten angesichts dieser Entwertungsspirale immer deutlicher mit einem Autoritäts- und Legitimitätsdefizit zu kämpfen, da Parteien und die von ihnen gebildeten Regierungen von nun an immer unter dem Verdacht standen, die Interessen bestimmter Konfessionsgruppen und der dahinter stehenden irischen bzw. britischen Regierungen zu vertreten. Polizeilich und militärisch beanspruchten nun die republikanischen und loyalistischen Milizen, öffentliche Sicherheit für ‚ihre‘ Bevölkerungen herzustellen, womit sie sich als parastaatliche Schutzmächte etablierten – in Opposition zur britischen Besatzungsmacht oder in Reaktion auf die zaudernde Haltung der nordirischen Polizeikräfte und britischen Truppen.

Der nordirische Terrorismus lässt sich somit durchaus als Folge eines außer Kontrolle geratenen, politischen Konfliktes verstehen, der sich angesichts der antagonistischen Herrschaftsansprüche von Loyalisten und Republikanern auf die Letztfrage nach der Kontrolle des Gewaltmonopols konzentrierte. So schwerwiegend diese Konfliktradikalisierung aber auch war, so sehr war sie auch an spezifische politische Kontextbedingungen rückgekoppelt, die stets wandelbar waren. Machtinflation ist prinzipiell umkehrbar, weshalb die terroristische Radikalisierung während der späten 1960er Jahre auch ein transitorisches Phänomen hätte sein können – wie etwa im deutschen Fall. Unter diesen Umständen wäre die gewaltsame Radikalisierung an Phasen erhöhten Wandels und grassierender Anomie kausal

und funktional rückgekoppelt, in denen (wachsende) Inklusionsansprüche mit (sinkenden) Teilhabemöglichkeiten kollidieren und die Möglichkeit einer politischen Prozessierung dieses Dissenses an institutionelle Grenzen stößt. Mit anderen Worten, eine solche Radikalisierung politischen Protests wäre im Wesentlichen von situativen Konfliktkonstellationen, geringen institutionellen Partizipationsmöglichkeiten und eigendynamischen Mobilisierungswellen abhängig. Ihr würde der Boden entzogen, je deutlicher die Konfliktursachen schwinden, je sichtbarer die Mobilisierungswelle durch steigende Partizipationskosten und geringe Erfolgsaussichten erlahmt und je stärker politischer Dissens innerhalb der institutionellen Strukturen des politischen Systems prozessiert und damit befriedet werden kann.

Als politische Kraft hatte die IRA in ihrer Geschichte immer wieder mit diesen situativ sich wandelnden Kontextbedingungen zu kämpfen. Wie die militärischen Kampagnen der 1950er und 1970er Jahre zeigten, war eine Stabilisierung des gewaltsamen Protestes besonders voraussetzungsvoll, da terroristische Aktions- und Organisationsformen mittel- und langfristig schwerer zu legitimieren sind, riskantere und kostenintensivere Formen der Unterstützung erfordern und verstärkt Versuche einer polizeilichen und politischen Lösung des Konflikts auf sich ziehen. Die politische Dimension des Konflikts, so wichtig diese auch war, stellte damit nicht den einzigen, für die Entwicklung des Verlaufs entscheidenden Faktor dar. Die Tatsache, dass sich der nordirische Terrorismus der Republikaner und Loyalisten stabilisieren und gegenüber den genannten politischen Kontextbedingungen ein Stückweit immunisieren konnte, verweist auf die nicht-politischen Voraussetzungen des politischen Protestes: Unter anderem mussten für die Kontinuität des sich radikalierenden Protestes beträchtliche finanzielle Ressourcen akquiriert, gruppenpartikuläre Loyalitätspflichten etabliert und binnen-moralische Commitments begründet werden (z.B. Münch 1994). Terroristische Protestbewegungen sind mittelfristig auf die Emergenz ‚privater‘ oder parastaatlicher Gewaltordnungen angewiesen, aus denen sie ihre relative Stabilität generieren können. Doch wie können Bedingungen und Prozesse dieser Ordnungsbildung funktionalistisch entschlüsselt werden?

Eine Antwort auf diese Frage liegt nicht unmittelbar auf der Hand. Folgen wir Luhmann (1977, 1997: 595-865), der die hier relevante gesellschaftstheoretische Prämisse des Funktionalismus am dezidiertesten vertreten hat, stellen moderne Gesellschaften keine soziale Einheit mehr dar, sondern vielmehr polyzentrische und azentrale Gebilde. Nehmen wir diese Annahme ernst, so darf bei der Ursachenbestimmung von keinen einfachen Erklärungen ausgegangen werden. Wenn Terrorismus auf Inklusions- und Integrationsdefizite zurückgeht, so muss man in modernen Gesellschaften stets mit funktional spezialisierten, inkongruenten Defiziten oder Anomalien rechnen, also bspw. mit politischen, wirtschaftlichen, ethischen oder solidaritäts- oder wertbezogenen Störungen. Aus dieser Perspektive muss man davon ausgehen, dass die funktionale Struktur moderner Gesellschaften mögliche Störungen oder Defizite der sozialen Ordnung(en) stets innerhalb der Teilsysteme ‚kleinarbeitet‘ und damit einer Hervorbringung terroristischer Ordnung den Boden entziehen müsste. Letztere müsste gegenüber spezialisierten Reaktionen (z.B. politischer Protest, ethnisch-konfessionelle Enklaven- oder Schattenwirtschaften, intellektuelle Dissidenz) ein unwahrscheinlicheres, weil voraussetzungsvolleres Phänomen sein. Um die Emergenz terroristischer Ordnungen angesichts dieser gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erklären zu können, müssen wir folglich teilsystemisch interdependente Inklusions- und Integrationsdefizite voraussetzen. Im Sinne des Interpenetrationsbegriffs ist zu vermuten (Parsons 1968, Münch 1996b: 613-616, 1984: 240-244), dass Funktionssysteme zwar Interdependenzunterbrech-

ungen institutionell absichern, da sie Leistungen der Gesellschaftsmitglieder nach spezifischen, funktional differenzierten Positionszuschreibungen und Rollenmustern mobilisieren und in Form von symbolisch generalisierten Medien verwerten, empirisch können diese aber nicht langfristig durchgehalten werden, da Funktionssysteme, ihre Rollenmuster und Medien letztlich auf Leistungen anderer Subsysteme eminent angewiesen bleiben.

3.2 Die gemeinschaftliche Dimension des nordirischen Terrorismus

Bei der Erklärung des nordirischen Terrorismus ist immer wieder auf partikuläre Gruppenbindungen hingewiesen worden. Eine ethnisch-konfessionelle Segregierung der Bevölkerung besaß in der Tat geschichtliche Kontinuität und war auch nach dem zweiten Weltkrieg trotz sozialpolitischer Reformen immer noch latent gegeben (Poole/Doherty 1996). Protestanten lebten tendenziell in anderen Wohnbezirken als Katholiken, besuchten andere Schulen, erlernten andere Berufe und hatten andere Arbeitsgeber, verbrachten ihre Freizeit in anderen Sport- oder Kulturvereinen und dergleichen mehr. Allerdings ist eine solch latente Segregierung nicht selbst problematisch, denn jede Gesellschaft besteht aus einer Vielzahl von Großgruppen, die sich räumlich, nach Schicht, Weltanschauung, ethnischen Merkmalen oder Lebensstilen differenzieren. Problematisch werden Segregierungstendenzen erst dann, wenn Gruppenpartikularismen nicht durch universalistische Inklusionsrechte und generalisierte Teilhabemöglichkeiten ergänzt oder kompensiert werden, oder in anderen Worten: wenn die Vergesellschaftung partikular-segmentärer Gemeinschaften prekär bleibt. Im Sinne des Strukturfunktionalismus gilt dies vor allem, wenn gruppenpartikuläre Bindungen nicht durch eine gemeinsame gesellschaftliche Gemeinschaft überlagert und eingeeht werden. Dies ist aus funktionalistischer Sicht für den Konfliktverlauf besonders folgenswer, denn gesellschaftliche Gemeinschaften – heute würden wir eher von Zivilgesellschaften sprechen – übernehmen eine ganz wesentliche Integrations- und Inklusionsfunktion in modernen, funktional differenzierten Gesellschaften. In ihnen kristallisiert sich das für eine Gesellschaft konstitutive Kollektiv heraus, in dem auf Grundlage einer gemeinsamen normativen Ordnung Loyalitätspflichten und Solidarbeziehungen zwischen ihren Mitglieder bestehen. An die Mitgliedschaft sind evolutionär weit reichende Inklusionsrechte geknüpft, die nicht nur für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben (Wirtschaft, Politik und Kultur) insgesamt ausschlaggebend sind, sondern auch für die Reproduktion der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Individuelle Teilhaberechte gewährleisten in diesem Zusammenhang den freiwilligen Zusammenschluss der gesellschaftlichen Mitglieder und arbeiten damit auf ein zivilgesellschaftliches Assoziationswesen jenseits gruppenpartikularistischer Bindungen hin (Münch 1984: 296-301).

Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass gesellschaftliche Gemeinschaften bzw. Zivilgesellschaften nicht voraussetzungslos gegeben sind, sondern selbst – gegenüber bestehenden segmentär-partikulären Gruppenbindungen – etabliert und stabilisiert werden müssen. Hier ist anzunehmen, dass sich die Generalisierung von bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten für die Erweiterung und Kreuzung ‚sozialer Kreise‘ förderlich auswirkt, während entsprechende Inklusionsdefizite und Teilhabechancen latent bestehende partikuläre Gruppenbindungen reproduzieren. Wie bereits vermutet, kann eine funktional differenzierte Gesellschaftsordnung sogar hochgradig riskant sein, da Inklusionsrechte und Teilhabechancen zwar teilbereichsspezifisch spezialisiert sind, aber dennoch interdependent bleiben und auf diese Weise eigendynamische Exklusionskaskaden (z.B. zwischen ökonomischen

mischer Prekarisierung, Erosion politischer und bürgerschaftlicher Partizipation sowie Verlust gemeinsamer kultureller Verbindungen) anstoßen können. Diese Exklussionsspiralen sind dann besonders problematisch, wenn die ökonomische, politische und kulturelle Teilhabe der Gesellschaftsmitglieder entlang ethnisch-konfessioneller Scheidelinien verläuft bzw. entlang dieser Differenzierungen konvergiert, da sich auf diese Weise hochgradig segregierte Vergesellschaftungsmodi für unterschiedliche Partikulargemeinschaften durchsetzen. Folgen wir dem Interpenetrationskonzept, so ist die konflationäre Verzahnung und Rückkopplung teilsystemischer Exklusionsprozesse auf der Grundlage einer prekär integrierten Zivilgesellschaft sogar durchaus wahrscheinlich. Diese Exklusionskaskaden führen über entsprechende Inflationsprozesse zu ausgeprägten Desintegrationstendenzen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene.

Möchten wir also verstehen, warum der nordirische Terrorismus den notwendigen gesellschaftlichen Rückhalt immer wieder – und mit Ende der 1960er Jahre auch nachhaltig – sichern konnte, so ist auf die stetige Segregierung und Polarisierung der gesellschaftlichen Gemeinschaft entlang ethnisch-konfessioneller Scheidelinien hinzuweisen, die sich auf Grundlage der genannten interdependenten Inklusionsdefizite und Desintegrationstendenzen stetig manifestierten und vertieften. Diese Exklusions- und Desintegrationskaskaden lassen sich zum Beispiel am Wechselspiel zwischen schwindender politischer Gefolgschaft, bürgerschaftlicher Loyalität und generalisierter Wertbindung ausmachen. Die Radikalisierung des politischen Konflikts bedeutete beispielsweise, dass die nordirischen Sicherheitskräfte keine Sicherheitsgarantien mehr geben konnten oder wollten, weshalb sich bürgerkriegsähnliche Zustände auf den Straßen verbreiteten. Die Militarisierung der Republikaner und Loyalisten führte unter diesen Umständen aber nicht nur zur Schaffung von konfessionellen ‚Schutzzonen‘, sondern damit auch zu ‚no-go-areas‘ für die jeweils andere Konfessionsgruppe (Bell 1973, Jeffery 1985). Hierdurch stellte sich einerseits eine ethnisch-konfessionelle Ghettoisierung des gemeinschaftlichen und assoziativen Lebens (Wohnbezirke, nachbarschaftliche und familiäre Beziehungen, Freizeitaktivitäten) ein (Darby 1990), auf die sich die IRA ganz bewusst einstellte, da sie sich bis 1977 nach Stadtteilen und Nachbarschaften organisierte (Arthur 1990). Andererseits kam es unter dem Eindruck dieser politischen und bürgerschaftlichen Segregierung zu einer kulturellen Erweckung disparater nationaler Identitäten mit deutlich gruppenpartikularen Wertbindungen: Protestanten sahen sich nun vor allem als Loyalisten und damit dem britischen Kulturkreis verpflichtet, während die Katholiken zusehends die irisch-republikanischen und damit gälischen Grundfesten ihrer Kultur unterstrichen und auszuformulieren suchten (Darby 1990). Insgesamt also wurden gemeinschaftliche Bindungen und kulturelle Identitäten entlang ethnisch-konfessioneller Scheidelinien deutlich politisiert, was u.a. zu den immer wiederkehrenden Ausschreitungen während der ‚marching season‘ führte. Gleichzeitig boten solche gruppenpartikulare Wertbindungen einen wichtigen Referenzpunkt für die Legitimierung der antagonistischen Herrschaftsansprüche der beiden terroristischen Lager.

Komplementäre Desintegrationsprozesse sind auch mit Blick auf die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaften auszumachen. Beispielsweise verdeutlichen Bildungswege, Tätigkeitsbereiche, Beschäftigungsformen und -quoten von Katholiken und Protestanten, dass die Beteiligung am Wirtschaftsleben stark ethnisch-konfessionell segregiert war und deutliche Ungleichheiten aufwies (Poole/Doherty 1996). Politische Reformen, die dieser Exklusionsproblematik entgegen getreten wären, scheiterten wiederum selbst an politischen Spaltungstendenzen, denn die Parteienlandschaft war nach konfessionellen Großgruppen gegliedert, die ihrerseits sozialstrukturellen Wähler-

gruppen entsprachen und damit sozioökonomisch mitdeterminiert waren. Die politische Polarisierung, die dem Ausbruch der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionsgruppen folgte, führte unter diesen Umständen zur Reformblockade, gar zur politischen Krise des nordirischen Parlamentarismus im Jahre 1972 (vgl. Korstian, in diesem Band). Eine effektive Industrie- und Wirtschaftspolitik sowie substanzielle Reformen des Arbeitsmarktes konnten unter diesen Voraussetzungen nicht mehr gelingen. Vielmehr kam es durch die Erosion staatlicher Steuerungsfähigkeit und die Eskalation der Gewalt (u.a. auch durch Attentate auf Unternehmen im Zuge des so genannten ‚economic war‘ – Jeffery 1985) zu einer Prekarisierung der Versorgungs- und Beschäftigungslage vor allem in den städtischen Konfliktzentren und zu einer latenten Ethnisierung lokaler Versorgungs- und Arbeitsmärkte.

Insgesamt ist zu erkennen, dass innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche Inklusionsdefizite bestanden, die angesichts der spezifischen Interdependenzbeziehungen zwischen den Teilsystemen offenkundige Desintegrationstendenzen bedingten (Erosion des wirtschaftlichen Wohlstands, der politischen Steuerungsfähigkeit, der bürgerschaftlichen Solidarität und der kulturellen Wertbindungen). Folgeschwer für den nordirischen Konflikt war die ethnisch-konfessionelle Segregierung der nordirischen Bevölkerung und die entsprechende Polarisierung antagonistischer gesellschaftlicher Gemeinschaften. Wie schon skizziert wurde, war der nordirische Terrorismus an dieser Entwicklung maßgeblich beteiligt. Einerseits vertiefte sich die räumliche Segregierung der Bevölkerung unter dem Eindruck der Politisierung und Militarisierung des Konfliktes, weshalb es zu einer Ethnisierung des Heirats-, Wohnungs- und Arbeitsmarktes, des Schulsystems, des kulturellen und assoziativen Lebens kam. Andererseits profitierte die P-IRA von einer solchen Segregierung, da sie ein probates Mittel war, paramilitärische Strukturen und Strategien abzusichern, soziale Unterstützernetze zu organisieren und materielle sowie ideelle Ressourcen (z.B. Gelder, Immobilien, aber auch Solidarität und Legitimität) zu mobilisieren (Jeffery 1985, Arthur 1990). Sie verlieh dem nordirischen Terrorismus auf beiden Seiten eine ausgeprägte Stabilität und Kontinuität, die ihn von den wechselnden Entwicklungstendenzen des politischen Systems – und den damit immer gegebenen Befriedigungspotenzialen – immunisierte. Letztlich ging es darum, ethnisch-konfessionelle Kollektive als gesellschaftliche Gemeinschaften zu konstruieren und zu institutionalisieren, deren Mitglieder spezifische Inklusionsrechte und Teilhabechancen als Teil einer differenten, normativen und kulturell legitimierbaren Ordnung reklamieren, und die es in Form eines eigenen Herrschaftsverbandes zu gewährleisten galt – für die Republikaner provisorisch durch einen eigenen ‚Staat im Staat‘, langfristig aber durch eine Vereinigung mit der irischen Republik.

4 Emergente Gewaltordnungen

Wir können also feststellen, dass der republikanische Terrorismus zunächst ein primär politisches Phänomen darstellte, dass seine Genese aber ganz maßgeblich von einer Segregierung partikularer gesellschaftlicher Gemeinschaften abhing. Damit haben wir nur den gesellschaftlichen Kontext für die Emergenz von parastaatlichen Gewaltordnungen umrissen, die sich gegenüber der herrschenden Gesellschaftsordnung etablieren und durchsetzen mussten. Neben der gesellschaftstheoretischen Erörterung von Rahmenbedingungen und eigendynamischen Entwicklungsverläufen bedarf es folglich auch einer Erörterung dieser Emergenz ‚funktional äquivalenter‘ Ordnungsmuster.

In funktionalistischem Sinne können wir davon ausgehen, dass der nordirische Terrorismus die Bedingungen seiner eigenen Existenz unter den genannten gesellschaftlichen Bedingungen selbst zu schaffen und zu perpetuieren suchte. Im Sinne der ‚Aktions-Repressions-Spirale‘ war die P-IRA beispielsweise bestrebt, den Staat zu unverhältnismäßigen Reaktionen zu provozieren, ihn dadurch in den Augen der eigenen Großgruppe, gar der gesamten Öffentlichkeit zu diskreditieren, und sich selbst als alternative ‚Schutzmacht‘ zu empfehlen (Arthur 1990). Ob terroristische Vereinigungen den ersehnten größeren Rückhalt oder Zulauf auch erhielten, hing aber nicht nur von Inklusions- und Legitimationsdefiziten der herrschenden Ordnung ab, denn die Teilnahme an terroristischen Aktivitäten – zum Teil auch ihre (verbale oder aktive) Unterstützung – war individuell hochgradig kostenintensiv und riskant. Auf Dauer war der Terrorismus auf beiden Seiten davon abhängig, dass er für potenzielle Aktivisten, Unterstützer und Sympathisanten genügend selektive Anreize (z.B. Sicherheit vor polizeilichem Zugriff, ökonomisches Auskommen, normative und ideelle ‚Commitments‘, soziale Bindungen) bereitstellen konnte. Terroristische Zielsetzungen und Aktionen verlangten folglich nach der Lösung von Organisationsaufgaben und erforderten spezifische Organisationsformen und -prozesse. Angesichts der politischen Zielsetzungen, des darin verankerten Konfrontationskurses und der eintretenden Repression lief dies auch im Falle der P-IRA auf klandestine und paramilitärische Organisationsstrukturen sowie gewaltsame Aktionsrepertoires hinaus. Die hier einsetzende Eigendynamik der programmatischen Radikalisierung, paramilitärischen Professionalisierung und organisatorischen Einigelung arbeitete einer sektiererischen Vergemeinschaftung zu (Korstian, in diesem Band), die den republikanischen Terrorismus damit partiell von den unmittelbaren gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen immunisierte.

Während transitorische Formen des Terrorismus auf politische Episoden der Konflikteskalation und Protestradikalisierung zurückzuführen sind, so muss man im Falle fortdauernder terroristischer Bewegungen davon ausgehen, dass es sich um emergente soziale Ordnungen oder Systeme handelt, die zur eigenen Reproduktion auf die Erbringung gruppenspezifischer Ordnungsleistungen angewiesen sind. Diese bestehen nach Bales (1950) aus gruppeninterner Integration und Umwelthanpassung, nach Parsons (1977) oder Münch (1984) aus den Aufgaben der Ressourcenallokation und Güterproduktion etwa im Sinne einer informellen Wirtschaft oder organisierten Kriminalität (Anpassung), der Etablierung von Entscheidungs- und Implementierungsstrukturen bspw. in Form parastaatlicher und -militärischer Organisationsstrukturen (Zielerreichung), der assoziativen Vergemeinschaftung auf der Grundlage einer Vielzahl von Vereinen und sozialen Netzwerken (Integration) und der sozialkulturellen Wertbindungen anhand subkultureller, revolutionärer oder ethnischer Identitäten und Diskurse (latente Strukturhaltung). Im Sinne des Funktionalismus müssen terroristische Vereinigungen somit Ordnungsleistung für ein spezifisches Kollektiv erbringen, wenn sie sich als eigenes soziales Gebilde stabilisieren wollen, selbst wenn dieses Kollektiv (im Falle der P-IRA: die katholische Minderheit in Nordirland) erst im Laufe des Konfliktes in seinen symbolischen und sozialen Grenzen (re-)konstituiert wird. Terroristische Vereinigungen erreichen dies dadurch, dass sie Teilhabechancen zu Gunsten eines definierten Kollektivs zu kontrollieren und/oder dementsprechende Inklusionsrechte und Teilhabemöglichkeiten in eigener Regie als Grundlage des eigenen Herrschaftsanspruches zu gewährleisten trachten.

Terroristische Ordnungen sind dabei als parasitär zu bezeichnen, denn sie strukturieren und stabilisieren sich entlang der funktional differenzierten Struktur der sie umgebenden Gesellschaft. In der Tat entwickelte sich um die IRA ein umfangreiches interorganisationel-

les Feld von Aktivisten und Vereinigungen, das ein hohes Maß an interner Differenzierung besaß. So wird in der Literatur darüber berichtet, wie die IRA über ihre paramilitärischen Strukturen eigene polizeilich-militärische Institutionen der öffentlichen Sicherheit zu entwickeln trachtete, und wie sie ihren Einflussbereich territorial im Sinne von ‚Sicherheitszonen‘, die zugleich ‚no-go-areas‘ für die protestantische Bevölkerung wurden, institutionalisierte (Jeffery 1985); wie sich die politische Partei Sinn Fein, die nach abstentionistischen Phasen zumindest die lokalen parlamentarischen Vertretungen immer wieder aufsuchte, an das politische System ankoppelte und damit der katholischen Bevölkerung ein politisches Betätigungsorgan anbot (Multhaupt 1988); wie die IRA über mehr oder weniger ausgeprägte Formen der organisierten Wirtschaftskriminalität eigene Wirtschaftskreisläufe entwickelte, und wie sie sich an transnationale Kapital- und Warenmärkte zur Eigenfinanzierung erfolgreich anschloss (Multhaupt 1988); wie sich ansatzweise wohlfahrtstaatliche Parallelstrukturen durch Beratungs- und Hilfsangebote für die Bewohner prekärer Stadtbezirke etablierten (Korstian, in diesem Band); wie sich in Bezug auf die gefangenen IRA-Kämpfer, die zu populären Helden mit einem hohen Maß an Einfluss wurden, gemeinschaftliche Unterstützungsnetzwerke entwickelten (Feldmann 1991: 85-89, Arthur 1990); und wie sich die IRA in ein weit verzweigtes Vereinigungswesen von Kirchengemeinden, Kultur-, Sport- oder Freizeitvereinen und kommunalen Zentren einbrachte und damit eine parallel-gesellschaftliche, assoziative Gemeinschaft zu erbauen versuchte (Darby 1990).

Eine funktionalistische Perspektive legt folglich besonderen Wert auf die Feststellung, dass der nordirische Terrorismus mehr war als gewalttätiger Protest und damit über einen politisch motivierten, gewaltsam ausgetragenen Konflikt weit hinausging. Weiter unterstreicht sie den modernen Charakter des nordirischen Terrorismus, da er sich zwar parasitär entlang der funktional differenzierten Struktur der sie umgebenden Gesellschaft entwickelte, aber diese Struktur intern weitgehend replizierte, wodurch er ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Stabilität erzielen konnte. Der Terrorismus ist unter den skizzierten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein ordnungsbildendes Element, sofern er die Existenz eines Kollektivs mit spezifischen Mitgliedschaftsstrukturen und -rollen zu etablieren und zu institutionalisieren sucht. Die Tatsache, dass sich der Konflikt dyadisch durch eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt zwischen Loyalisten und Republikanern entwickelte, unterstreicht diesen Prozess nur noch, da er zu einer ethnisch-konfessionellen Polarisierung der gesellschaftlichen Gemeinschaft führte, und damit zu distinktiven Kollektiven, die unter dem Einfluss der politischen Herrschaftsansprüche der jeweiligen Paramilitärs nicht miteinander vereinbare Inklusions- und Integrationsansprüche erhoben.

Auf den ersten Blick scheinen sich bei Loyalisten und Republikanern unvereinbare Vorstellungen und Forderungen nach gesellschaftlicher Ordnung gegenüber zu stehen, da sie für ein Territorium exklusive Herrschaftsansprüche erhoben. Auf den zweiten Blick allerdings hat sich ein hochgradig gewalttätiges und konfliktives, aber relativ stabiles Gesellschaftsgebilde entwickelt. Terroristische Aktions- und Organisationsformen verstärkten die ethnisch-konfessionelle Polarisierung der nordirischen Gesellschaft und die Konstruktion teilseparater parastaatlicher Gewaltordnungen. Hier entwickelten sich funktional äquivalente Inklusionsformen, denn unter dem Eindruck der terroristischen Eskalation versuchen Loyalisten und Republikaner, gruppenspezifische Teilhabeansprüche und -chancen innerhalb von Gesellschaften mit hoher gruppenspezifischer Ungleichheit einzuklagen und zu organisieren. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur von einer höheren Gewaltdisposition der beteiligten Konfliktparteien auszugehen, sondern auch eine höhere Gewaltabhängigkeit der kollektiven Ordnung ist zu erwarten, da nur über Gewalt eine segmentär strukturierte Ver-

gesellschaftung innerhalb einer funktional differenzierten Sozialordnung aufrechterhalten und organisiert werden konnte.

5 Ausblick und kritische Würdigung

Der nordirische Konflikt ist nicht der einzige Fall eines ethnisch und/oder konfessionell motivierten Terrorismus, sondern fand in anderen europäischen Ländern seinen Widerhall (z.B. Baskenland, Korsika, Südtirol). Ob die hier entwickelten Überlegungen auf diese Fälle übertragen werden können, kann an dieser Stelle nicht mehr erörtert werden. Gleichwohl bestehen Parallelitäten und Ähnlichkeiten. Vor diesem Hintergrund kann angenommen werden, dass die Genese und die Stabilisierung von terroristischen Bewegungen am Ende des 20. Jahrhunderts auch mit den Strukturgegebenheiten der modernen Wohlfahrtsdemokratien verknüpft sind. Folgen wir Münch (2001c), so ist es das Kennzeichen dieser ‚Zweiten Moderne‘, dass sie auf die Verquickung von Wohlfahrtsökonomie und demokratischem Rechtsstaat setzt, um individuelle Freiheit und soziale Sicherung zugleich zu gewährleisten (Münch 2002). Allerdings wird diese institutionelle Ordnung auf zweierlei Weise abgesichert: durch eine hohe externe Exklusion in Form einer restriktiven Staatsbürgerschaft und Einbürgerungspolitik, die in Europa starke ethnische Anklänge aufweist; und durch eine hohe interne Inklusion, die den Staatsbürgern ein hohes Maß an bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten zuschreibt und ein hohes Niveau von Gleichheit und sozialer Absicherung anvisiert (Münch 2001a, 2001b). Terroristische Zusammenschlüsse gehen einher mit dem Protest sozialer Bewegungen, die sich gegen die nicht eingelösten Inklusionsansprüche des modernen Wohlfahrtsstaates wenden. Ihr Ansinnen, funktional äquivalente Inklusionsformen und Teilhabemöglichkeiten für eine benachteiligte gesellschaftliche Teilgruppe zu etablieren, bringt sie zwar auf Kollisionskurs mit dem Exklusivitätsanspruch des Zentralstaates, da terroristische Bewegungen ihm gegenüber einen eigenen, gruppenpartikularistisch gewendeten Herrschaftsanspruch vertreten. Allerdings ist dieser selbst extern hochgradig exklusiv und intern betont inklusiv, womit sich eine Strukturäquivalenz einstellt, die für die Genese terroristischer Konflikte und ihre gewaltsame Entwicklungsdynamik von Bedeutung ist.

Münch sieht diese institutionelle Konfiguration der Zweiten Moderne jedoch im Auflösungsprozess, denn mit dem Europäisierungs- und Globalisierungsprozess zeichnet sich eine Dritte Moderne ab, durch die die externe Exklusivität von nationalstaatlich abgesicherten Kollektiven schwindet, ebenso wie die privilegierte Absicherung und Gleichbehandlung ihrer Mitglieder nach Innen (Münch 1993, 1998: 9-23). Das Individuum wird nicht mehr über Kollektive in eine funktional strukturierte Weltgesellschaft integriert – und dadurch auch kollektivistisch eingeeht oder geschützt –, sondern bewegt sich in einem institutionellen Mehrebenensystem, das durch regionale, nationale und supranationale Sozialräume strukturiert wird, und in dem sich das Individuum nun mit neuen Chancen und Risiken konfrontiert sieht (Münch 1996a). Mit der Erosion der institutionellen Grundstruktur der Zweiten Moderne ist nun zu vermuten, dass der Terrorismus einen wichtigen Bezugspunkt verliert. Denn mit dem Ende der Zweiten Moderne wird das Modell sozialer Inklusion von kollektiven Gruppenrechten auf individuelle Chancengleichheiten in entgrenzten sozialen Räumen umgestellt (Münch 2001c). Der ethnisch strukturierte, parastaatlich organisierte Terrorismus könnte durch die Erosion des nationalen, demokratischen Sozialstaates eine wichtige, stabilisierende Klammer verlieren und womöglich wieder in seine funktionale

Bestandteile zerfallen (zunächst in Formen von organisiertem, sodann von individualisiertem, politischem Protest, ökonomischer Nischenwirtschaft, intellektueller oder moralischer Dissidenz). Hierfür sprechen zweifelsohne die Erfolge bei der Befriedung des nordirischen Konfliktes, denn trotz des ausgeprägten Verhandlungsgeschicks der Konfliktparteien ist doch vor allem auf neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu verweisen, die dem Frieden erst eine realistische Chance zu geben scheinen.

Damit ist nicht ausgeschlossen, dass der Terrorismus an anderer Stelle oder in neuer Form hervorbricht. Ganz im Gegenteil ist im Sinne des Funktionalismus davon auszugehen, dass sich neue Formen von Gewaltordnungen etablieren können, die auf die Strukturprobleme und Paradoxien der (dritten) Moderne reagieren – so wie dies das Erstarren des internationalen Terrorismus in einer emergenten Weltgesellschaft andeutet. Eine solche Deutung bietet sich an, war aber hier nicht Gegenstand der Überlegungen. Sie könnte aber generell das bestätigen, was am nordirischen Fall heuristisch und explorativ als funktionalistische Erklärungsstrategie skizziert wurde. Im Rückblick dürfte deutlich geworden sein, dass der Funktionalismus dem Terrorismus eine spezifische, gewaltaffine ‚Lösung‘ sozialer Ordnungsbildung zuspricht, sofern er innerhalb einer bestimmten Gruppe von Gesellschaften als ‚normales‘ Element auftritt und sich dort verstetigt. In diesen Fällen ist von Ordnungsleistungen für die terroristische Bewegungen selbst als auch für die sie umgebende gesellschaftliche Realität auszugehen. Eine solche Betrachtungsweise eröffnet kontraintuitive Erkenntnisse, vor allem, wenn es darum geht zu verstehen, warum sich in manchen Gesellschaften terroristische Bewegungen fest etabliert und womöglich ‚unverzichtbar‘ gemacht haben. Eine solche Analyse verdeutlicht, dass ein Ausstieg aus dem Terrorismus – sowohl was die ‚Funktionsweise‘ terroristischer Bewegungen und Konflikte als auch die Einnistung dieser Bewegungen in die sie umgebende Gesellschaft angeht – schwer ist, sofern nicht funktionale ‚Leistungen‘ unterbrochen und/oder auf funktionale Äquivalente umgestellt werden.

Kritisch anzumerken ist allerdings, dass der Funktionalismus für typologisierende und/oder komparative Analysen des Terrorismus eher befähigt ist, als für vertiefende Fallanalysen. Die primär deduktiv-analytische Suche nach (äquivalenten) ‚Funktionen‘ oder ‚Dysfunktionen‘ impliziert sehr oft einen Vergleich mit dem Modell, weshalb der Funktionalismus beim Einzelfall leicht in formalisierende Beschreibungen abdriften kann. Des Weiteren ist der Funktionalismus auf Grund seines immer noch zentralen Interesses für das Problem der sozialen Ordnung weiterhin primär gesellschaftstheoretisch ambitioniert. Die zugrunde liegende Annahme einer funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften eröffnet dabei eine Reihe von Einblicken. Dies ist aber bekanntermaßen nicht das einzig relevante Differenzierungsmuster unserer Gesellschaften, womit sie mit Blick auf den Terrorismus notwendigerweise begrenzte Erklärungsstrategien bereithält. Die funktionalistische Erneuerung nach Talcott Parsons hat zwar kreatives Potenzial in der soziologischen Theorieentwicklung entfesselt, allerdings bleibt sie dem einmal eingeschlagenen Pfad der ‚Grand Theories‘ treu, zum Teil ist der Hang zur gesellschaftstheoretischen Formalisierung und Modellierung sogar noch intensiviert worden (Luhmann 1984, Münch 1984). Aus diesem Grund bleibt zu hoffen, dass die noch ungenutzten Potenziale dieses methodisch-analytischen Ansatzes am konkreten empirischen Fall weiter entfaltet und unter Beweis gestellt werden können.

Literatur

- Alexander, J.C. (Hrsg.), 1985: Neofunctionalism. Beverley Hills, CA: Sage.
- Alexander, J.C., 1998: Neofunctionalism and After. Oxford: MA. Blackwell.
- Alexander, J.C./Colomy, P., 1990: Neofunctionalism Today: Reconstructing a Theoretical Tradition. S. 33-67 in: G. Ritzer (Hrsg.), *Frontiers of Social Theory. The New Synthesis*. New York: Columbia University Press.
- Arthur, P., 1990: Republican Violence in Northern Ireland: The Rationale. S. 48-63 in: J. Darby/N. Dodge/A. C. Hepburn (Hrsg.), *Political Violence. Ireland in a Comparative Perspective*. Belfast: Appletree Press.
- Bales, R.F., 1950: *Interaction Process Analysis. A Model for the Study of Small Groups*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Bell, J.B., 1973: *The Escalation of Insurgency: The PIRA's Experience 1969-1971. The Review of Politics*: 398-411.
- Cancian, F.M., 1972: Varieties of functional analysis. S. 29-43 in: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Band 15. New York: MacMillan.
- Coser, L.A., 1972: *Theorie sozialer Konflikte*. 2. Auflage. Neuwied: Luchterhand.
- Dahrendorf, R., 1958: Out of Utopia: Toward a Reorientation of Sociological Analysis. *American Journal of Sociology* 64/2: 115-127.
- Darby, J., 1990: Intimidation and Interaction in a Small Belfast Community: The Water and the Fish. S. 83-102 in: J. Darby/N. Dodge/A. C. Hepburn (Hrsg.), *Political Violence. Ireland in a Comparative Perspective*. Belfast: Appletree Press.
- Davis, K., 1959: The Myth of Functional Analysis as a Special Method in Sociology and Anthropology. *American Sociological Review* 24/6: 757-772.
- Durkheim, É., 1974: Kriminalität als normales Phänomen. S. 3-8 in: F. Sack/R. König (Hrsg.), *Kriminalsoziologie*. 2. Auflage. Frankfurt a.M.: Akademische Verlagsgesellschaft.
- Durkheim, É., 1984: *Die Regeln der soziologischen Methode*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Durkheim, É., 1988: *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Feldmann, A., 1991: *Formations of Violence. The Narrative of the Body and Political Terror in Northern Ireland*. Chicago: University of Chicago Press.
- Hirschmann, A.O., 1970: *Exit, Voice and Loyalty*. Cambridge: Harvard University Press.
- Jeffery, K. (Hrsg.), 1985: *The Divided Province. The Troubles in Northern Ireland 1969-1985*. London: Orbis.
- Jetzkowitz, J./Stark, C. (Hrsg.), 2003: *Soziologischer Funktionalismus. Zur Methodologie einer Theorietradition*. Opladen: Leske + Budrich.
- Joas, H., 1988: The Antinomies of Neofunctionalism: A Critical Essay on Jeffrey Alexander. *Inquiry* 31: 471-494.
- Joas, H., 1990: Giddens' Critique of Functionalism. S. 91-102 in: C. John/C. Modgil/S. Modgil (Hrsg.), *Anthony Giddens. Consensus and Controversy*. Basingstoke: Palmer Press.
- Levy, M.J., 1972: Functional Analysis. *International Encyclopedia of the Social Sciences* 15: S. 21-29.
- Luhmann, N., 1977: Differentiation of Society. *Canadian Sociological Review* 2: 29-53.
- Luhmann, N., 1984: *Soziale Systeme*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N., 1986: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N., 1996: *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N., 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bände. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Merton, R.K., 1966: *Social Theory and Social Structure*. Überarbeitete und erweiterte Auflage. New York: The Free Press.
- Mills, C.W., 1959: *The Sociological Imagination*. New York: Oxford University Press.

- Münch, R., 1982: Theorie des Handelns. Zur Rekonstruktion der Beiträge von Talcott Parsons, Emile Durkheim und Max Weber. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 1984: Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 1987: The Interpenetration of Micro Interaction and Macro Structures in a Complex and Contingent Institutional Order. S. 319-336 in: A. C. Jeffrey et al. (Hrsg.), *Relating Micro and Macro in Sociological Theory*. Berkeley: University of California Press.
- Münch, R., 1991: Dialektik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 1993: Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 1994: Politik und Nicht-Politik. Politische Steuerung als schöpferischer Prozess. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46/3: 381-405.
- Münch, R., 1995: Dynamik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 1996a: Between Nation State, Regionalism and World Society: The European Integration Process. *Journal of Common Market Studies* 34: 379-401.
- Münch, R., 1996b: Modernisierung und soziale Integration. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 22/3: 603-629.
- Münch, R., 1998: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 2001a: The Ethics of Modernity. Formation and Transformation in Britain, France, Germany and the United States. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Münch, R., 2001b: Nation and Citizenship in the Global Age. From National to Transnational Civil Ties. Houndsmills, Basingstoke.
- Münch, R., 2001c: Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R., 2002: Die ‚Zweite Moderne‘: Realität oder Fiktion? Kritische Fragen an die Theorie der reflexiven Modernisierung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54: 417-443.
- Münch, R., 2005: Die Konstruktion des Welthandels als legitime Ordnung der Weltgesellschaft. S. 290-313 in: B. Heintz/R. Münch/H. Tyrell (Hrsg.), *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Münch, R./Büttner, S., 2006: Die europäische Teilung der Arbeit. Was können wir von Emile Durkheim lernen? S. 65-107 in: M. Heidenreich (Hrsg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Mulhaupt, W.F., 1988: Die Irisch Republikanische Armee. Geschichte, Ziele und Aktivitäten. Aus *Politik und Zeitgeschichte* B45: 35-48.
- Otto, F., 2005: Der Nordirlandkonflikt. Ursprung, Verlauf, Perspektiven. München: C. H. Beck.
- Parkin, F., 1968: *Middle Class Radicalism*. Manchester: Manchester University Press.
- Parsons, T., 1951: *The Social System*. New York: Free Press.
- Parsons, T., 1963: On the Concept of Political Power. *Proceedings of the American Philosophical Society* 107/3: 232-262.
- Parsons, T., 1966: *Societies. Evolutionary and Comparative Perspectives*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Parsons, T., 1968: Social Systems. *International Encyclopedia of the Social Sciences* 15: 458-472.
- Parsons, T., 1972: *Das System moderner Gesellschaften*. München: Juventa.
- Parsons, T., 1973: *Beiträge zur soziologischen Theorie*. Neuwied: Luchterhand.
- Parsons, T., 1977: *Social Systems and the Evolution of Action Theory*. New York: Free Press.
- Parsons, T., 1980: *Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Parsons, T./Platt, G.M. 1973: *The American University*. Cambridge: Harvard University Press.
- Poole, M.A./Doherty, P., 1996: *Ethnic Residential Segregation in Northern Ireland*. Coleraine: University of Ulster.
- Rucht, D., 1994: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt a.M./ New York.: Campus.

- Schmid, M., 2003: Der Neofunktionalismus. Nachruf auf ein Forschungsprogramm. S. 279-303 in: J. Jetzkowitz/C. Stark (Hrsg.), *Soziologischer Funktionalismus. Zur Methodologie einer Theorie-tradition*. Opladen: Leske + Budrich,.
- Simmel, G., 1968: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Wenzel, H., 2001: Functionalism in Sociology. *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences* 9: 5847-5852.